

KURZNACHRICHTEN

Frosch-Kolonie muss umziehen

HÄGENDORF | Mit viel Aufwand wird derzeit eine grosse Kolonie Geburtshelferkröten beim Südportal des Belchentunnels der Autobahn A2 umgesiedelt. Für die Kröten, im Volksmund «Glöggli-frösche» genannt, wurden neue, artgerechte Lebensräume errichtet. Die Aktion kostete 260 000 Franken. | sda

Ehepaar als Drogenkuriere

ZÜRICH | Die Kantonspolizei Zürich und die Staatsanwaltschaft Limmat/Albis haben einem Ehepaar aus Spreitenbach AG und weiteren Beteiligten rund ein Dutzend Einfuhren von grösseren Mengen Kokain aus Holland in die Schweiz nachweisen können. Vier Kilogramm Kokain wurden sichergestellt, wie es in einer Mitteilung heisst. | sda

Medikamente beschlagnahmt

BERN | Während einer internationalen Aktionswoche haben die Schweizer Behörden mehr als 1500 Medikamenten-Sendungen aus dem Ausland kontrolliert. In 125 Fällen wurden die Pakete beschlagnahmt. Dies, weil die Pakete zu grosse Medikamenten-Mengen oder gesundheitsgefährdende Präparate enthielten, wie das Schweizerische Heilmittelinstitut Swissmedic mitteilte. In 14 der beschlagnahmten Pakete befanden sich verbotene Dopingmittel. | sda

China nimmt Roche ins Visier

SCHANGHAI/ZÜRICH | Der Basler Pharmakonzern Roche hat in China Besuch von den Behörden erhalten. Eine Abteilung des Amtes für Handel und Industrie (SAIC) suchte die Niederlassung des Unternehmens in der Stadt Hangzhou auf, wie Roche mitteilte. Die SAIC übernimmt gewöhnlich auch die Führung bei Ermittlungen wegen Korruptionsverdacht. «Nach unserer Kenntnis fand der Besuch am 21. Mai statt. Die Einzelheiten sind noch nicht klar», erklärte Roche. | sda

Verweis für Direktorin

GENÈVE | Die Direktorin des Zentrums «La Pâquerette» in Genf hat einen Verweis erhalten. Dies geht aus einem Bericht einer Administrativuntersuchung hervor. Eine Sozialtherapeutin des Zentrums war im September 2013 auf einem Freigang von einem Häftling getötet worden. Nach dem Tötungsdelikt gaben die Genfer Universitätsspitaler (HUG) die Administrativuntersuchung zum inwischen geschlossenen Zentrum für Resozialisierung in Auftrag. Die Direktorin war stark kritisiert worden, weil die Sozialtherapeutin alleine mit einem als gefährlich eingestuften Häftling auf einen Freigang gelassen wurde. | sda

Bern | SGV will an «Milchkuh-Initiative» orientierte Strassenfinanzierung

Strassengelder für die Strasse

Der Gewerbeverband möchte den vom Bundesrat geplanten Strassenverkehrs-fonds nach der «Milchkuh-Initiative» ausrichten: Aus Sicht des Verbandes dürfen somit die Treibstoff-Abgaben nicht erhöht werden. Die Abgaben der Automobilisten und Camionneure sollen nur der Strasse zugutekommen.

Der Bundesrat hatte Anfang Jahr einen neuen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-fonds (NAF) vorgeschlagen. Mit diesem Fonds sollen künftig die Nationalstrassen und die Stadt- und Verkehrsinfrastruktur finanziert werden – analog zum vom Stimmvolk angenommenen Fonds für die Bahninfrastruktur FABI.

In den NAF sollen namentlich die Hälfte der derzeitigen Mineralölsteuer, der Grossteil der Automobilsteuer und das Geld aus der Autobahnvignette fliessen. Die Vorschläge des Bundesrats sind noch bis 20. Juni in der Vernehmlassung. Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) hat zusammen mit dem Auto Gewerbe Verband (AGVS) und dem Detailhandelsverband (SRF) seine Position am Donnerstag mit einer Medienkonferenz in Bern noch einmal deutlich gemacht: «Die Vorlage geht in die falsche Richtung», sagte SGV-Direktor Hans-Ulrich Bigler.

Benzin soll nicht teurer werden

Der SGV stört sich insbesondere an zwei Elementen: Der Verband lehnt die vom Bundesrat

für den Fonds geplante Erhöhung der Mineralölsteuer um 15 oder 12 Rappen ab. Zudem sollten gemäss dem SGV keine Einnahmen aus dieser Treibstoffsteuer für Schienenverkehrsprojekte verwendet werden. «Es werden zu viele Mittel zweckentfremdet», sagte Bigler.

Der Gewerbeverband möchte, dass der NAF nach der «Milchkuh-Initiative» ausgestaltet wird. «Es ergibt sachlich Sinn, die beiden Vorla-

gen zusammenzuführen», sagte AGVS-Zentralpräsident Urs Wernli. Mit der Initiative würden die Abgaben des Strassenverkehrs für die Strassen verwendet werden – die Mineralölsteuer würde nicht um 12 oder 15 Rappen erhöht und nicht der Teuerung angepasst.

Nicht den «bequemen Weg» wählen

Heute fliesst die Hälfte der Mineralölsteuer in die Bundes-

kasse – es entstände somit eine Finanzierungslücke von rund 1,5 Milliarden Franken. Es sei am Bund zu überlegen, wie diese Lücke geschlossen werden könnte, sagte Bigler – es sei nicht nachvollziehbar, dass man den «bequemen Weg» gehe.

Der SGV will zudem, dass sämtliche dringlichen Strassenbauprojekte realisiert werden, wie dies mit dem neuen Preis der Autobahnvignette geplant

gewesen wäre. Das Stimmvolk lehnte die Vignetten-Preiserhöhung im letzten November ab. Zudem möchte der SGV die geplante Umfahrung von Morges VD und die Glattalautobahn in Zürich in die bundesrätliche Vorlage integrieren.

Über die neue Strassenfinanzierung wird schlussendlich das Stimmvolk befinden. Der neue Fonds soll in der Bundesverfassung verankert werden. | sda



Kategorisches Nein. Der Gewerbeverband lehnt die vom Bundesrat für den Fonds geplante Erhöhung der Mineralölsteuer ab.

FOTO KEYSTONE

Luzern | Höhe der Sozialhilfe in der Kritik

Breite Debatte geplant

Alt Nationalrätin Therese Frösch (Grüne/BE) und der Berner Sozialamtsleiter Felix Wolffers sind ins Präsidium der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) gewählt worden. Sie wollen eine schweizweite Debatte über die Höhe der Sozialhilfe führen.

Die Mitgliederversammlung folgte am Donnerstag in Luzern dem Wahlvorschlag des Vorstands. Frösch und Wolffers treten gemeinsam die Nachfolge von Walter Schmid an. Der 61-jährige Direktor des Departements Soziale Arbeit der Hochschule Luzern tritt nach 15 Jahren an der Spitze der SKOS zurück.

Die 62-jährige Therese Frösch stand von 1993 bis 2004 in der Berner Stadtexekutive zunächst der Finanz-, später der Sozialdirektion vor. Felix Wolffers war während sieben Jahren unter Frösch Generalsekretär der Finanzdirektion. Der 57-Jährige ist promovierter Jurist und SP-Mitglied.

Eine der neuen Aufgaben von Frösch und Wolffers ist, die SKOS-Richtlinien weiterzuentwickeln. Diese enthalten Empfehlungen für die Kantone über die Höhe der Sozialhilfe. Die Richtlinien sind im vergan-



Dialogbereit. Können die neuen SKOS-Präsidenten Therese Frösch und Felix Wolffers weitere Gemeindeaustritte verhindern?

FOTO KEYSTONE

genen Jahr vermehrt in die Kritik geraten.

Fünf Gemeinden ausgetreten

Im April 2013 trat die Gemeinde Rorschach aus der SKOS aus. Sie kritisierte, die SKOS vertrete nur noch die Interessen der Sozialhilfe-Empfänger. Danach kündigten auch Berikon AG, Oberglatt ZH, Dübendorf ZH und Romanshorn TG ihre Mitgliedschaft. Frösch und Wolffers wollen nun das Gespräch mit den Kantonen und Gemeinden intensivieren, wie es in einer Mitteilung heisst. Sie wol-

len einen Dialog auf nationaler Ebene über die Weiterentwicklung der SKOS-Richtlinien in Gang bringen.

Das Co-Präsidium setze sich auch künftig für eine faire und wirksame Sozialhilfe ein. Eine solche erhalte nur, wer sie wirklich nötig habe, heisst es in der Mitteilung weiter.

Die SKOS ist eine private Organisation. Mitglieder sind der Bund, alle Kantone sowie rund 600 Gemeinden und private Organisationen. Ihre Richtlinien sollen schweizweit für einheitliche Standards im Sozialwesen sorgen. | sda

Bern | FDP fordert Reformprogramm

Wirtschaft stärken

Tiefere Steuern und weniger Regulierung: So möchte die FDP die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft stärken.

Am Donnerstag hat sie einen Strauss von parlamentarischen Vorstössen dazu präsentiert. Viele der Forderungen stelle die FDP seit Jahren, hält die Partei fest. Nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative seien Reformen nun aber dringender denn je. Rechtssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand seien gefährdet, sagte FDP-Präsident Philipp Müller vor den Medien in Bern. Viele Firmen seien verunsichert.

Weit oben auf der Wunschliste der FDP steht daher eine rasche Umsetzung der geplanten Unternehmenssteuerreform III mit tieferen Gewinnersätzen. Steuerausfälle sollen nicht kompensiert werden. Stattdessen soll der Staat das Ausgabenwachstum bremsen.

Dem Parteipräsidenten liegt ausserdem eine Reform der Mehrwertsteuer besonders am Herzen. Obwohl das Parlament einen Einheitssatz erst vor Kurzem abgelehnt hat, hält Müller daran fest. Mit einer Motion fordert er einen Einheitssteuersatz von 6 Prozent.



Ruf nach Reformen. FDP-Präsident Philipp Müller.

FOTO KEYSTONE

Frauen in den Arbeitsmarkt

Wichtig ist der FDP ferner, dass das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausgeschöpft wird. Dies betrifft vor allem Frauen und ältere Arbeitnehmende. Anders als für Bundesrat Ueli Maurer seien Frauen für die FDP keine Gebrauchsgegenstände, sagte Nationalrat Andrea Caroni (AR). Die Frauen will die FDP mit höheren Steuerabzügen für externe Kinderbetreuung in den Arbeitsmarkt locken, die älteren Arbeitnehmenden durch tiefere Vorsorgebeiträge für die Unternehmen attraktiver machen. | sda